

Antr. Nr.	Antr.- steller	Antragsgegenstand Kämmereihaushalt
Prüfungsanträge der CDU		
1	CDU (1)	Die Verwaltung stellt dar, wie die einzelnen Stadtteile das Budget der Ortskartelle abrufen und prüft, inwie weit eine wechselseitige Deckungsfähigkeit möglich ist, wenn Gelder in manchen Stadtteilen nicht in Anspruch genommen wird.
2	CDU (2)	Die Verwaltung stellt anhand einer Organisationsuntersuchung sämtliche Stabstellen mit Anzahl der Mitarbeiter dar und macht Optimierungsvorschläge mit dem Ziel einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Ergebnishaushalts zu erzielen.
3	CDU (3)	Die Verwaltung erstellt einen Plan für ein Beleuchtungskonzept für den Marktplatz und Windgasse unter Beibehaltung der atmosphärischen Stimmung an den gastronomischen Randbereichen. In einem Pilotprojekt Smart-City wird dabei ein dem Bedarf und der Jahreszeit angepasstes Beleuchtungskonzept unter Berücksichtigung modernster Lampen entwickelt. Die Lampen sollen ferner auch für eine KI gesteuerte Videoüberwachung schnellst möglich aufrüstbar sein, sobald die gesetzl. Rahmenbedingungen es zulassen.
4	CDU (4)	Die Verwaltung prüft unter Einbehaltung der Rahmenbedingungen, ob und in welchem Umfang eine moderne, bewegungsgesteuerte Beleuchtung im Pfühlpark für eine ganzjährig nutzbare Joggingstrecke möglich ist.
5	CDU (5)	Die Verwaltung erstellt eine Prioritätenliste über die Bereitstellung von Finanzmitteln für den Bau bzw. die Ertüchtigung der Aussegnungshallen auf den Friedhöfen in den Stadtteilen insbesondere in Sontheim, Kirchhausen, Biberach und Frankenbach.
6	CDU (6)	Die Verwaltung prüft, zu welchem schnellstmöglichen Zeitpunkt in Kirchhausen die Pflastersteine im Schlossinnenhof und Brücke zum Deutschordensschloss mit kleineren Fugen neu verlegt werden können.
7	CDU (7)	Die Verwaltung prüft, bis wann die Neuasphaltierung der Alban-Gassen möglich ist.
8	CDU (8)	Die Verwaltung prüft die Notwendigkeit eines Sonnenschutzes auf den Schulhöfen der Schulen von Heilbronn - mit Bäumen oder Sonnensegel - und erstellt ein Gesamtkonzept.
9	CDU (9)	Die Verwaltung prüft den Umsetzungsstand der Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen in anderen Städten anhand eines Benchmarktests und berichtet das Ergebnis dem Gemeinderat
10	CDU (10)	Die Verwaltung stellt dar, wieviele Büroräume der Verwaltung außerhalb der Rathäuser existieren - in Eigentum und in Miete -, und erstellt eine Übersichtsliste der Standorte unter Angaben der Restlaufzeiten der Mietverträge und der Miethöhe, ebenso sollen für die in Eigenfum befindlichen Gebäude der Verkehrswert und die Restnutzungsdauer dardesellt werden. Das Ergebnis wird im Gemeinderat vorgestellt.
11	CDU (11)	Die Verwaltung prüft die Möglichkeit, dass Taxen z.B. an der Harmonie und an der Pforte der SKL-Klinik mittels eines Rufknopfes gerufen und hierauf an dem jeweiligen Eingang vorfahren können. Das Ergebnis wird im Gemeinderat vorgestellt.
12	CDU (12)	Die Verwaltung prüft, welche Möglichkeiten es gibt aufgelassene Weinberge zu nutzen. Dabei sollen insbesondere auch die Nutzung als Photovoltaikfläche, zu Ausgleichmaßnahmen und/oder im Biotopverbund geprüft werden. Die Verwaltung prüft und teilt mit, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen und welche Fördermaßnahmen bzw. Programme seitens der Stadt Heilbronn zur Unterstützung der Umsetzung weiterer Maßnahmen möglich sind.
13	CDU (13)	Die Verwaltung prüft eine Zulassung für bekannte, qualifizierte Heilbronner Streetart-Künstler, damit die Möglichkeit besteht, die Bahnunterführung Hafenstrasse und die Fahrrad-Fussgänger-Bahnunterführung Leuschnerkreisel zu gestalten.
14	CDU (14)	Die Verwaltung prüft den derzeitigen Planungsstand der Umsetzung der Baumaßnahmen aud dem Feuerwehrbedarfsplan und stellt sie dem Gemeinderat dar.
Prüfungsanträge der AfD		
15	AfD (1)	Installation einer Signalanlage an der Einmündung K9558 in B39. Dies war für 2024 vorgesehen. Wurde das umgesetzt?
16	AfD (2)	Hochwasserschutz für den Böllinger Bach in Biberach?

17	AfD (3)	Sanierungsarbeiten am Sportstadion Biberach. Wann ist damit zu rechnen?
18	AfD (4)	Barrierefreiheit an der Bibliothek (Außenstelle Biberach)
19	AfD (5)	Sanierung des Gehweg-Pflasters vor dem Bürgeramt Biberach. Dies wurde ggf. für 2024 vorgesehen. Ist hier etwas geschehen?
20	AfD (6)	Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Verlängerung der Saarlandstraße zur dringend notwendigen Verkehrsentslastung der Ortsdurchfahrt Frankenbach
21	AfD (7)	Hinweisschilder an wichtigen historischen Gebäuden und Denkmälern in Frankenbach mit QR-Code. Wurden die Texte und die Liste durch Mitarbeiter aus Frankenbach geliefert?
22	AfD (8)	Eigener Stadtteilhaushalt für alle Stadtteile mit einer jährlichen Ausstattung in Höhe von 10 € pro Einwohner
23	AfD (9)	Ertüchtigung der Sportanlagen auf der Horkheimer Insel zu einer zumindest für den Schulsport geeigneten „Wettkampfstätte“. Hat die Begehung inzwischen stattgefunden und wurden Maßnahmen definiert und umgesetzt.
24	AfD (10)	Einrichtung einer Geschwindigkeitsanzeige im Ortseingang von Talheim, in der Talheimer Straße kommend (Smiley) anzubringen. Des Weiteren ist zu prüfen inwieweit im Bereich der Talheimer Straße/Lehmhaldenstraße entsprechende Parkverbotszonen einzurichten sind, dass das Ausweichen bei Gegenverkehr ermöglicht.
25	AfD (11)	Finanzmittel für die grundlegende Sanierung der Deutschordenshalle und die Erweiterung um einen Gymnastikraum mit Spiegelwand und zusätzlichen Lagerflächen. An welcher Stelle der Prioritätenliste steht das Vorhaben mittlerweile
26	AfD (12)	Liegen Kostenschätzungen zur Neuverlegung der Pflastersteine im Schlossinnenhof und Brücke zum Deutschordensschloss; Ziel: Deutlich kleinere Fugen inzwischen vor?
27	AfD (13)	Wie ist der aktuelle Stand zur Erneuerung der Tartanbahn und Ertüchtigung, bzw. Generalüberholung der Sportfreiflächen, wie Sprunganlage etc. in Kirchhausen
28	AfD (14)	Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Errichtung eines Multifunktions-Sport-Court. Hat es dazu bereits Aktivitäten gegeben?
29	AfD (15)	Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Sanierung/Erneuerung der Fenster im Alten Rathaus Klingenberg, Theodor-Heuss-Straße 11. Sind diese Mittel im kommenden Haushalt vorhanden?
30	AfD (16)	Weitere Kapazitäten an Kindertagesstättenplätzen anlässlich des Baugebiets Klingenäcker. Wie ist der Stand?
31	AfD (17)	Kann der zweigruppige Kindergarten in der alten Brauerei in Biberach im Jahr 2025 wie geplant seinen Betrieb aufnehmen?

Prüfungsanträge der SPD

32	SPD (1)	Die Verwaltung legt ein Kozept vor, wie die Empfangssituation für Bürger*innen am Rathaus Eingang Lothorstraße freundlicher gestaltet werden kann. Hierbei wird ein Lotsendienst in die Überlegungen einbezogen, der zum Beispiel die Security am Eingang ersetzen könnte.
33	SPD (2)	Die Verwaltung legt eine Kostenschätzung vor, welche Einsparungen oder Kosten entstehen, wenn die Wartung der leitungsgebundenen Wasserspender von Angestellten der Stadt vorgenommen wird. (inklusive der Kosten für die womöglich notwendige Weiter-/Aus-/Fortbildung)
34	SPD (3)	Die Verwaltung legt dem Gemeinderat ein Konzept für die Weiterentwicklung der sog. "Spielplatzbetreuung" vor. Dabei wird auch eine gesetzeskonforme Vergütung berücksichtigt.
35	SPD (4)	Die Verwaltung entwickelt ein Raumkonzept für das Böckinger Bürgerhaus inklusive Quartierszentrum, etc. und legt dieses bis Quartal 2/2025 dem Gemeinderat vor. Hierbei soll der Wegfall der bisherigen Nutzung der "Hausmeisterwohnungen" für die Ganztagsbetreuung der GS Alt-Böckingen nach Fertigstellung des Schulcampus GS Alt-Böckingen berücksichtigt werden. Diese sollen also in das neue Raumkonzept für die Jugendarbeit eingeplant werden und beispielsweise dem Quartierszentrum zur Verfügung gestellt werden.
36	SPD (5)	Die Verwaltung legt dar, von wem (Schuldnerberatungsstelle und anderer Institutionen) Schuldenpräventionsarbeit geleistet wird und in welchem Umfang.
37	SPD (6)	Die Verwaltung legt eine neue Kostenschätzung für die Sanierung des "Schafstall/alter Hubschrauberhangar" auf der Waldheide vor.
38	SPD (7)	Die Verwaltung prüft, wie Schüler*innen bei der Planung und Gestaltung von Schultoiletten beteiligt werden können, um so Vandalismus vorzubeugen. (Wie z.B. hier: https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-grundschule-schultoilette-wettbewerb-lux.KNuEUzSfqg5E1rimAVu4SQ?utm_campaign=later-linkinbio-szmuenchen&utm_content=later-43737577&utm_medium=social&utm_source=linkin.bio)
39	SPD (8)	Die Verwaltung prüft, ob das seit mehreren Jahren versprochene Pollerkonzept noch Sinn ergibt oder ob die Durchfahrt von der Schellengasse über die Fußgängerzone Sülmerstraße auch "konzeptionslos" zeitnah unterbunden werden kann.
40	SPD (9)	Die Verwaltung entwickelt ein Konzept zur Verkehrsberuhigung der Grünwaldstraße B293 bis zur Zellerstraße.
41	SPD (10)	Die Verwaltung zeigt auf, wie sie Künstler*innen niederschwellig bei der Bemalung von Stromkästen und Wänden unterstützen kann und macht geeignete Stromkästen und Wände aus.
42	SPD (11)	Die Verwaltung legt bis Ende 2025 eine Machbarkeitsstudie inklusive einer Kostenschätzung für die Sanierung des Rathausinnenhofs (Schmuckhof) vor.

Prüfungsanträge der B90 / GRÜNEN

43	B90/Die Grünen (1)	Mängelmelder - Die Stadt prüft die Möglichkeit den gut funktionierenden Mängelmelder zur Meldung von Verstößen im ruhenden Verkehr nutzbar zu machen Kann man den Antrag verbinden mit einem Prüfantrag, ob man im Mängelmelder auch Parkverstöße melden kann?
44	B90/Die Grünen (2)	Antrag zu kommunalen Förderprogramm (Verwaltungsausschuss) - Die Verwaltung prüft unabhängige Gutachten, die die Wirksamkeit von kommunalen Förderprogrammen untersuchen, zum Beispiel das Gutachten des Deutschen Städtetags „Kommunalen Klimaschutz klug fördern“ und stellt Nutzen und Aufwand kommunaler Förderung dar.
45	B90/Die Grünen (3)	Überprüfung von überdachten, beleuchteten Aufenthaltsorten für Jugendliche ohne das Probleme wie Lärm auftauchen - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Viele Jugendliche beklagen das sie kaum überdachte Aufenthaltsorte haben die sie ganzjährig nutzen können. Hinzu kommt, dass diese Orte in der Nähe oder mitten in Wohngebieten sind und sich Anwohner über den Geräuschpegel der Jugendlichen aufregen und die Polizei dadurch Mehrarbeit hat. Hiermit beantragen wir die Überprüfung und ggf. Einrichtung von überdachten Aufenthaltsorten für Jugendliche in Heilbronn. Diese sollten außerhalb von Wohngebieten angelegt werden, um Lärmbelästigungen für Anwohner zu vermeiden und gleichzeitig den Jugendlichen einen sicheren attraktiven Treffpunkt zu bieten. Begründung: Jugendliche benötigen Freiräume: Jugendliche benötigen Orte, an denen sie sich treffen, Freizeitaktivitäten nachgehen und ihre sozialen Kontakte pflegen können. Lärmbelästigung vermeiden: Durch die Lage außerhalb von Wohngebieten können mögliche Lärmbelästigung minimiert werden und ein friedliches Zusammenleben von Jung und Alt gefördert werden. Attraktive Gestaltung: Die Aufenthaltsorte sollten ansprechend gestaltet werden, um die Jugendlichen zum Besuch anzuregen und ihnen ein Gefühl der Zugehörigkeit zu bieten Überdachung: eine Überdachung schützt vor Witterungseinflüssen und ermöglicht eine Nutzung zu jeder Jahreszeit
46	B90/Die Grünen (4)	Prüfantrag zu öffentlichem, kostenlosem WLAN in den Stadtteilen - Bezugnehmend auf die Stellungnahme zu PA Nr. 19 im Haushaltsentwurf - Die Verwaltung prüft umgehend, wie kostenloses öffentliches WLAN in den Stadtteilen ermöglicht werden kann.

Prüfungsanträge der Freien Wähler gemeinsam für HN

47	FWHN (1)	Die Verwaltung prüft den flächendeckenden Ausbau der E-Ladestationen und legt dem Gemeinderat eine Planung für die Jahre 2025 - 2030 zur Entscheidung vor.
48	FWHN (2)	Erstellung einer Prioritätenliste zur Sanierung/Neubau von Sportanlagen
49	FWHN (3)	Die Verwaltung legt dem Gemeinderat eine Liste der Beschlüsse des Gemeinderats vor, die in den nächsten 5 Jahren voraussichtlich nicht umgesetzt werden können.
50	FWHN (4)	Verwaltung berichtet über die Möglichkeit an Geschwindigkeitsreduzierung durch Bremsschwellen (Schlafende Polizisten) vor KIGA, Schulen und Senioreneinrichtungen
51	FWHN (5)	Einrichtung von Carsharing in allen Stadtteilen
52	FWHN (6)	Die Verwaltung prüft den flächendeckenden Ausbau der E-Ladestationen und Planung für die Jahre 2025 - 2030
53	FWHN (7)	Die Verwaltung prüft alternative Nutzungen für leerstehende Hausmeisterwohnungen
54	FWHN (8)	Die Verwaltung legt dem GR einen Sanierungsplan inkl. Kostenschätzung für die Deutschordenshalle vor
55	FWHN (9)	Die Verwaltung erarbeitet eine Übergangslösung zur provisorischen Erweiterung der Aussegnungshalle in Kirchhausen
56	FWHN (10)	Die Verwaltung prüft zusammen mit der Stadtsiedlung, welche Baumaßnahmen von der Stadtsiedlung als Generalunternehmer erledigt werden können. Hierbei liegt der Fokus auf Schulsanierungen, Schulneubauten, Sanierung von Brücken und öffentlichen Gebäuden. Der Bericht wird dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme und Entscheidung vorgelegt. Ziel ist es den Investitionsstau abzubauen, bzw. die Realisierung von teilweise längst beschlossenen und dringend erforderlichen Maßnahmen.
57	FWHN (11)	Die Verwaltung prüft die Realisierung von Streetwork in allen Stadtteilen.
58	FWHN (12)	Die Verwaltung berichtet detailliert über die Verwendung der Mittel in Höhe von 223.000€ pro Jahr gem GR DS HH Seite 511 lfd. Nr. 18 "davon gemischer Aufwand. Wir beantragen eine DS zum Thema Verlagerung der Sanierungen von städt. Gebäuden auf die Stadtsiedlung HN oder eine zu gründende Gesellschaft gemäß dem Beispiel GBG Mannheim. Dort wurde eine Unternehmensgruppe gebildet, die beispielhaft für Heilbronn sein könnte.

59	FWHN (13)	Die Verwaltung prüft, wie Veranstaltungen von Vereinen durch Befreiung von Plakatierungsgenehmigungen genehmigt werden können. Insbesondere die Ortskartelle sollten ein mal jährlich ihre Stadtteilveranstaltungen anzeigen können und eine pauschale Genehmigung erhalten. Das selbe gilt für das Befahren von Feldwegen für örtliche Veranstaltungen zur Stärkung der Stadtteilkultur und Biodiversität.
----	-----------	---

Prüfungsanträge der FDP

60	FDP (1)	Die Verwaltung prüft eine Ausweitung der Verkehrskontrollen im Bereich der Saarlandstraße, nachdem zuletzt mehrere Beschwerden über "Rennen" zur Nachtzeit auf der Saarlandstraße eingegangen sind. Sofern sich der Eindruck bestätigt, prüft die Verwaltung des Weiteren die Einrichtung eines stationären Blitzers.
61	FDP (2)	Die Verwaltung legt eine umfassende Evaluation der "flächendeckenden Verkehrsplanung zu Tempo 30" entsprechend der Zusage im Rahmen der Behandlung der DS 35/2022 vor und legt in einer neuen Drucksache die Erkenntnisse und mögliche Anpassungen der Verkehrsplanung dem Gemeinderat zur Entscheidung vor. Dabei berücksichtigt die Verwaltung, dass eine Vereinheitlichung, idealerweise auf Tempo 40 aus Gründen des Verkehrsflusses, der Verkehrssicherheit aber auch aus ökologischen Gründen
62	FDP (3)	Die Verwaltung wirkt mit Blick auf die gewährten Zuschüsse an die Stiftung WKO und das HSO darauf hin, dass die jeweilige Intendanz über die kulturelle und gesellschaftliche Wirkung, regional wie überregional, die Bedeutung der Klangkörper für das Oberzentrum, aber auch über die Mittelverwendung sowie den Wirtschaftsplan zumindest im Kulturausschuss berichtet. Dies soll zur Regel werden und mindestens alle zwei Jahre erfolgen.
63	FDP (4)	Übernahme der Prüfungsanträge (zu Fahrradbügel - auch mit Blick auf den Antrag des GPR für mehr sichere Fahrradabstellplätze -, Sonnensegel Elly-Heuss-Knapp-GS sowie Solarsitzbänke) des JGG gemäß Schreiben vom 16.10.2024
64	FDP (5)	Die Verwaltung berichtet in einer Drucksache über die Hafen-Anlieger /-Anreiner (Kanal, Alt-Neckar, Salz- und Osthafen) und, soweit in Abstimmung mit diesen bekannt, über die aktuelle und zukünftig beabsichtigte Nutzung und prüft weitere Handlungsoptionen mit dem Ziel, die Hafenstruktur zu stärken bzw. alternativ die Liegenschaften zu erwerben.
65	FDP (6)	Die Verwaltung berichtet über den aktuellen Sachstand zu den FDP-Prüfungsanträgen zum HH-Entwurf 2024 Ziff. 49, 51, 52, 52.3, 52.4
66	FDP (7)	Die Mittel im Rahmen des städtischen Wohnbauförderprogramm (THH 63, S. 383) wurde in 2023 nicht abgerufen. Die Verwaltung berichtet, warum das Programm nicht in Anspruch genommen wurde und legt unter Berücksichtigung dessen modifizierte Förderkriterien vor, damit das Programm den gewünschten Erfolg zeichnet.
67	FDP (8)	Die Verwaltung legt zeitnah ein Sanierungsprogramm für den Rathaus Innenhof und dem denkmalgeschützten Gesamtkunstwerk von Blasius Spreng unter Berücksichtigung möglicher Förderprogramme und unter Einbindung der zuständigen Denkmalschutzbehörde vor. Sofern geeignete Förderprogramm gegeben sind, bereitet die Verwaltung die Antragstellung vor und kommt frühzeitig auf den Gemeinderat zur Sicherstellung der Komplementärfinanzierung zu. Zudem sollen auch taugliche interimistische Maßnahmen abgebildet werden.
68	FDP (9)	Die Verwaltung prüft und berichtet über mögliche Standorte für den Aufenthalt von Obdachlosen bzw. Bedürftigen, insbesondere in der kalten Jahreszeit, um für den Zeitraum zwischen den Öffnungszeiten entsprechender Einrichtungen, bspw. Schließzeit Erfrierungsschutz und Öffnung Gildetreff, eine würdige Unterkunft zu bieten.
69	FDP (10)	Die Verwaltung prüft in Abstimmung mit den Stadtwerken bzw. dem HNV und dem Stadttheater, inwieweit Schülerinnen und Schülern Heilbronner Schulen beim schulbezogenen Erwerb von Theatertickets bereits die Anreise mit dem ÖPNV inkludiert werden kann.
70	FDP (11)	Die Verwaltung sucht in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendgemeinderat und ggf. unter Einbindung der Hochschule Heilbronn bzw. DHBW, welche Beteiligungsformate es für Kinder und Jugendliche abseits der bereits bestehenden, institutionalisierten Einrichtungen braucht, damit diese sich in ihrer Pluralität engagieren und einbringen können und gehört finden. Ziel muss es sein, Beteiligungsformate weniger aus "Erwachsenenblick" sondern vielmehr aus Sicht der Jugend zu denken und zu implementieren. Die "Studie" soll Lösungsansätze aufzeigen, die dann mit einer entsprechenden Drucksache im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des Gemeinderats und des Jugendgemeinderats diskutiert werden soll.

Prüfungsanträge der UfHN

71	UfHN (1)	<u>Seilbahnanbindung</u> Die Verwaltung prüft inwieweit bei einer Realisierung einer Seilbahn, um das IPAI Gelände mit der Innenstadt zu verbinden, ob die Verbindung um eine Station in Biberach erweitert werden kann und mit welchen Mehrkosten zu rechnen ist.
----	----------	---

72	UfHN (2)	<u>Konzeptentwicklung Ausbau Seniorenfahrdienste</u> Die Verwaltung prüft den Ausbau von Seniorenfahrdiensten, damit Angebote auch von nicht mobilen älteren Personen wahrgenommen werden können. Dabei werden bestehende Fahrangebote (Schwerbehindertenfahrdienst, Buddy etc.) in die Prüfung miteinbezogen. Ebenso die Überlegung wie z.B. mit ehrenamtlichen Fahrern, die Zuschüsse bekommen, „Bürgerbusse“ fahren können. Dabei sind auch die Quartierszentren einzubeziehen.
73	UfHN (3)	<u>Gebührensatzung Heilbronner Friedhöfe</u> Die Verwaltung teilt mit, wie der Sachstand zu der beantragten Gebührenkalkulation ist, die den „öffentlichen Nutzen“ der Friedhöfe, insbesondere des Heilbronner Hauptfriedhofes, berücksichtigt. Bei immer weniger Grabnutzungen werden die Kosten für das "Gesamtkonzept" Friedhof (Grünzug, Denkmalschutz, Wege etc) auf immer weniger Nutzer umgelegt.
74	UfHN (4)	<u>kostenfreies Parken</u> Die Verwaltung prüft im Rahmen eines Modellversuches, Donnerstag ab 17 Uhr bis 23 Uhr und Samstags von 8-18 Uhr kostenfreies Parken im Bollwerksturm Parkhaus anzubieten.
75	UfHN (5)	<u>Hundestationen/Polizeiverordnung</u> Die Stadt prüft und stellt dar, wie die jährlich eingenommene Hundesteuer sich auf die Kernstadt sowie die Stadtteile aufteilt und verwendet wird. Die Stadt prüft, wie hoch ist der Hundekotanteil, der derzeit in öffentlichen Abfallkörben entsorgt wird und mit welchen Entsorgungskosten dies verbunden ist. Die Stadt prüft, mit welchen Kosten der Entsorgung zu rechnen ist, wenn öffentliche Abfallkörbe entgegen der Rechtsverordnung zur Entsorgung von Hundekot freigegeben werden. Dabei ist die aktuelle Zahl der Hundesteuerpflichtigen und der jährliche Hundesteuergesamtbetrag mitzuteilen.
76	UfHN (6)	<u>Ausweitung "buddy"</u> Die Verwaltung prüft, inwieweit der Fahrdienst "buddy" zusätzlich auf Donnerstag sowie vor Brückentagen ausgeweitet werden kann.
77	UfHN (7)	<u>Beendigung Städtepartnerschaft</u> Die Verwaltung prüft die Beendigung der Städtepartnerschaft mit Novorossijk und stellt die Machbarkeit sowie den zeitlichen Ablauf dar.
78	UfHN (8)	<u>Begründung einer Städtepartnerschaft mit Cape Coral in USA/Florida</u> Die Verwaltung prüft die Begründung einer Städtepartnerschaft mit Cape Coral/Florida und stellt die Machbarkeit, Kosten sowie einen möglichen Ablauf und Erfordernisse auch in zeitlicher Skizzierung dar.
79	UfHN (9)	<u>Krähensichere Mülleimer</u> Die Verwaltung prüft, mit welchen Kosten die Umrüstung der städtischen Mülleimer auf krähensichere Mülleimer kostet und legt die Zahlen offen.
80	UfHN (10)	<u>Schließung einer Spielstätte des Theaters</u> Die Verwaltung prüft und berichtet, in welcher Zeitschiene und mit welchen Kosten sowie dann daraus sich ergebenden Einsparungen die Schließung einer Spielstätte des Theaters möglich ist. Hierbei ist auch die erforderliche Anpassung der Theater-Abos mit einzubinden.

Prüfungsanträge der LINKEN

81	DIE LINKE (1)	Vor einem Jahr wurde der <u>Antrag zur Erbpacht</u> von Konrad Wanner und Erhard Jöst gestellt und vom Gemeinderat angenommen. Der Antrag zielt darauf gemeinwohlorientierten Unternehmen wie der Stadtsiedlung, der GEWO und dem Studentenwerk Baugrundstücke in Erbpacht für den Bau von bezahlbaren Wohnungen in Höhe von 1,5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Ich möchte wissen, was aus diesem Antrag geworden ist, welche Vorbereitungen, Erkenntnisse, Verhandlungen hat die Stadt zu diesem Thema unternommen. Selbst wenn die anderen Akteure Schwierigkeiten bei der Umsetzung mit Bauvorhaben haben, gab es Vorbereitungen der Stadt? Wissen die angesprochenen Akteure von dem Antrag? Falls nichts unternommen wurde, wann wird dieser Antrag umgesetzt? Des weiteren möchte ich wissen, welche Möglichkeiten habe ich als Stadträtin, um den/einen Antrag in einen Umsetzungsprozess zu bringen?
----	---------------	--

Prüfungsanträge PRO Heilbronn

82	PRO (1)	Aufstellung von Hundekotbeutelstationen mit Abfallbehältern an allen größeren Spielplätzen
83	PRO (2)	Autobahnanschluss zur Anbindung Gewerbegebiet Böllinger Höfe
84	PRO (3)	Bau von künftigen Parkhäusern bzw. Park-and-Ride-Anlagen am Ortsrand der Stadt mit ÖPNV-Anschluß

85	PRO (4)	Benutzungsverbot von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen in öffentlichen Parkhäusern und Tiefgaragen in Heilbronn
86	PRO (5)	Bemühungen beim Landkreis zur Entschärfung der durch dessen mangelnder Parkraumbereitstellung verursachten Parkprobleme im Haselter
87	PRO (6)	Bemühungen des direkten und dauerhaften Anschlusses an den Fernverkehr der Bahn
88	PRO (7)	Bemühungen um die Wiedererrichtung einer Synagoge in Heilbronn
89	PRO (8)	Bemühungen um einen standortnahen Flugplatz im kurzen Umkreis des Wirtschaftsstandorts Heilbronn um die Ansiedlung von Großunternehmen zu befördern, Stärkung des Wirtschaftsraums
90	PRO (9)	Beseitigung der Schande, daß über 25 Jahre nach Ende des marxistisch-leninistischen Unrechtsregimes auf deutschem Boden in Namensänderung der "Karl-Marx-Straße", mit deren Namensgeber in Heilbronn noch immer dem geistigen Vater dieser weltweit 100 Millionen Tote kostenden Schreckensherrschaft gehuldigt wird
91	PRO (10)	Die Zahl der illegal sich in Heilbronn aufhaltenden Ausländer
92	PRO (11)	Die Zahl der Kontrollen des ruhenden Verkehrs in der Grundäckerstraße durch a) Polizei und b) Ordnungsamt und dabei festgestellten Verkehrsverstößen
93	PRO (12)	Die Zahl der Sozialhilfe beziehenden Ausländer in Heilbronn insgesamt sowie getrennt nach a) mit Aufenthaltsrecht, b) ohne Aufenthaltsrecht
94	PRO (13)	Zustände in den Sammelunterkünften: Welche Kosten sind durch von den Bewohnern verursachten Schäden in den Haushaltsjahren 2022 und bisher in 2023 jeweils entstanden und wie hoch waren die Zuschüsse dafür jeweils
95	PRO (14)	Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber
96	PRO (15)	Arbeitspflicht für Asylbewerber
97	PRO (16)	Entwurfsplanung BbauPl Südlich Hegelmaierstraße
98	PRO (17)	Bemühungen über einen Bau der Autobahn Neckar/Odenwald zur Entlastung des Weinsberger und Leonberger Kreuzes
99	PRO (18)	Stand und Weiterführung der Digitalisierung und daraus folgende Einsparung an Personalkosten
100	PRO (19)	Erweiterung des Baugebietes Längelter um das Areal des Berufsschulzentrums als 2. Bauabschnitt
101	PRO (20)	Mehr Ausweisung von Bauflächen für Mehrfamilien- und Ein- bis Zweifamilienhäusern
102	PRO (21)	Wiederholung des Förderprogramm für junge Familien beim Kauf städtischer Grundstücke
103	PRO (22)	Fortsetzung des gebührenfreien Kindergarten
104	PRO (23)	Bau neuer Kindergärten in einem normalen Standard
105	PRO (24)	Keine Zuschüsse an Privatschulen mit Privilegierung
106	PRO (25)	Kein weiterer Bau von Gemeinschaftsschulen
107	PRO (26)	Verlagerung der Kreisberufsschule im Längelte östlich des Gewerbegebietes Böckingen West
108	PRO (27)	Einrichtung von Lehrschwimmbecken / Einführung des Schwimmbad
109	PRO (28)	Bindung der Sportförderung an der Ausrichtung des Jugend - und Breitensports
110	PRO (29)	Kein – auch nur verstecktes - Sponsoring des Profisports
111	PRO (30)	Neubau eines Stadtbades in energiesparender Kombination mit einer Eissporthalle
112	PRO (31)	Flutlicht für das Frankenstadion
113	PRO (32)	SLK-Kliniken: Bekämpfung multiresistenter Keime nach niederländischem Vorbild
114	PRO (33)	Stand der Verlängerung der Saarlandstraße
115	PRO (34)	Untertunnelung der Friedrich-Ebert-Trasse.
116	PRO (35)	Stand der Nordumfahrung
117	PRO (36)	Fernverkehr der Bahn
118	PRO (37)	Aktueller Stand um die Wollhaus-Erneuerung
119	PRO (38)	Fassadenbegrünung, Bäume und lebende Arkaden statt Sommerzonen
120	PRO (39)	Dach- und Fassadenbegrünung an städtischen Gebäuden
121	PRO (40)	Dezimierung der Nilgänse, auch aus hygienischen Gründen
122	PRO (41)	Verlegung von Parkbänken, die ständig von Vogelkot verschmutzt werden
123	PRO (42)	Weniger "Stop and Go" und mehr "Grüne Welle" aus Umweltschutzgründen
124	PRO (43)	Ausreichende Beschilderung der Straßen mit deren Namen, um den Suchverkehr zu entlasten
125	PRO (44)	Personelle Stärkung im Bereich Anhebung von Kanalschächten
126	PRO (45)	Quersubventionierung in angemietete Räume wie der Stadtbücherei beenden

127	PRO (46)	Planung einer Großveranstaltungshalle, ggf. mit anderen Kommunen/Landkreis/Region
128	PRO (47)	Verlagerung der DiTiP-Moschee
129	PRO (48)	Erfahrungsbericht über die einzelnen Frauenhäuser
130	PRO (49)	Photovoltaik, Zuschuss für private Anlagen.
131	PRO (50)	Wasserversorgung neuesten Erkenntnisse zur Filterung von bisher nicht erfassbaren Schadstoffen, Medikamenten und insbesondere Hormonen
132	PRO (51)	Sinnvolle Verwendung des geklärten Wassers
133	PRO (52)	Synopse über die Grundsteuer-Neubewertung
134	PRO (53)	Senkung der Friedhofsgebühren um einen mindestens 10%igen Anteil aus dem städtischen Haushalt
135	PRO (54)	Wirkungsvolle Maßnahmen gegen die drohenden Vermüllung der Stadt
136	PRO (55)	Das Baugebiet Längelter zur Behebung der Wohnungsnot beschleunigt vorziehen
137	PRO (56)	Die Fortschreibung des Masterplans Innenstadt
138	PRO (57)	Verlagerung der Kreisberufsschule nach östlich des Gewerbegebietes Böckingen West
139	PRO (58)	Für Junge Familien Erbpachtverträge mit städt. Grundstücken
140	PRO (59)	Im Wege der Gleichbehandlung bei Parkverstößen mit Fahrzeugen mit ausl. Kennzeichen durch Radkrallen u.a. das Bezahlen von Strafgebühren erzwingen
Prüfungsanträge der PARTEI		
		<i>Es liegen derzeit keine Prüfungsanträge vor.</i>